



4. Februar 2026

Postulat

von Dominik Waser (GRÜNE)
und Luca Maggi (GRÜNE)

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie er das sich aktuell im Aufbau befindende neue, soziale Netzwerk «W» (<https://wsocial.eu/>) oder ähnliche europäische Projekte mit einem massgebenden finanziellen Betrag unterstützen und so zur Etablierung europäischer Alternativen zu amerikanischen oder chinesischen Social Media Giganten beitragen kann. Zudem sollen auch weitere Unterstützungsmöglichkeiten, welche nicht primär finanzieller Natur sein müssen, geprüft werden.

Begründung:

Amerikanische und chinesische Grosskonzerne dominieren den Socialmediamarkt massgebend. Durch ihre monopolartigen Stellungen gefährden sie nicht nur die freie Meinungsäusserung sondern auch ganz konkret die Demokratie. Dieser Trend geht Hand in Hand mit einem erheblichen Vertrauensverlust eines nicht unbeachtlichen Teils der Bevölkerung in herkömmliche Medien oder (staatliche) Institutionen. Socialmedia-Nutzende sehen sich gleichzeitig oft mit immer grösser werdenden Abhängigkeiten von diesen Konzernen konfrontiert. Das Beispiel von Twitter (heute X) hat eindrücklich gezeigt, wie schnell ein vertrauter digitaler Diskussionsraum zu einem Raum für Rechtsextremismus, Fanatismus, Gewalt und Fake News werden kann.

Als neustes Beispiel sollte mit «W» eine Plattform entstehen, bei welcher Datenschutz, Transparenz und Vielfalt im Zentrum stehen. Ausserdem will sie sich zu einer strikten Einhaltung der europäischen Datenschutzrichtlinien verpflichten sowie die Authentifikation der Nutzer:Innen als Registrationsvorgabe vorsehen. KI soll für Faktenchecks, nicht für Manipulation genutzt werden. Kurzum es soll ein digitaler Raum entstehen, welcher Gesellschaft und Demokratie dienlich ist.

Für die Stadt Zürich bietet sich die Chance aktiv an der Entwicklung und Etablierung einer solchen Plattform mitzuwirken. Als grösste Schweizer Stadt, als Standort unzähliger IT-Firmen und als Stadt mit Weitblick soll Zürich dieses Projekt unterstützen und mithelfen, dass die digitale Souveränität gestärkt werden kann. Der Aufbau sicherer, demokratischer und zugänglicher digitaler Plattformen ist auch Aufgabe von staatlichen Institutionen und muss vorangetrieben werden.